

Baseline Survey on Intersex Realities in East Africa, 2015-2016 (SIPD)

- mit spezifischem Fokus auf Uganda, Kenya, and Rwanda

Die Studie ist eine Untersuchung, die von der Support Initiative for People with Congenital Disorders (SIPD) durchgeführt wurde in Uganda (mit jeweils 120 Teilnehmenden aus den Nord-, West-, Ost-, und Zentralregionen) sowie in Kenia und Ruanda (mit zwei Intersexuellen und drei PartnerInnen), um essentielle Indikatoren zur Darstellung des Lebens von Intersexuellen und den Organisationsgrad von intersexuellen Gemeinschaften in Uganda, Kenia und Ruanda zu identifizieren. Die Daten wurden gesammelt durch persönlichen Kontakt zu Intersexuellen, ihren Familien und weiteren Interessenvertretern wie z.B. MedizinerInnen, RechtsexpertInnen, BeraterInnen, PsychologInnen, Religionsführern, lokalen Anführern und LehrerInnen.

Die Umfrage zeigt, dass in allen drei Ländern ein intersexuelles Kind mit vielen Problemen und Herausforderungen konfrontiert wird. Aufgrund von Aberglaube werden intersexuelle Kinder häufig für Hexen oder Opfer von Hexenkräften gehalten. Ihre Geburt wird meistens als Strafe für die Mutter angesehen, welche aufgrund dessen diskriminiert und in vielen Fällen sogar von der Gesellschaft ausgeschlossen wird. Um sich selbst vor diesem Verhalten zu schützen, töten viele Eltern ihre Neugeborenen schon kurz nach der Geburt oder setzen sie aus.

Andere Kinder werden gezwungen, ein Leben im Geheimen zu führen; sie werden oft gezwungen in einer kleinen Hütte fernab von ihren Familien zu leben, um den „Fluch“ nicht zu übertragen.

An vielen intersexuellen Kindern werden außerdem gezwungenermaßen unfreiwillige Operationen und Genitalverstümmelungen durchgeführt, was in den meisten Fällen zu lang anhaltenden mentalen und körperlichen Narben führt.

Ältere Intersexuelle haben in Ostafrika mit Diskriminierung und häufig mit körperlichen und sexuellen Misshandlungen zu kämpfen. Aufgrund des Fehlens von speziellen sanitären Einrichtungen für intersexuelle SchülerInnen und wegen der von anderen SchülerInnen und LehrerInnen ausgehenden Diskriminierung fühlten sich 90% der befragten intersexuellen Teenager gezwungen, die Schule abzubrechen und konnten somit nicht die Zukunftspläne ihrer Wahl verfolgen. All diese Umstände und die konstante Frage, was ihre Intersexualität im Zusammenhang mit ihrer Identität bedeutet, führen dazu, dass ein Großteil von Intersexuellen an Dysphorie und/oder Selbstmordgedanken leidet. Ein weiteres Problem ist das Fehlen von angemessener medizinischer Versorgung.

Zwar haben Uganda, Kenia und Ruanda kinderrechtliche und menschenrechtliche Abkommen unterzeichnet, zwar sind sie in der Verfassung von Uganda verankert und sollten theoretisch die Rechte von Intersexuellen miteinschließen, doch in der Praxis ist dies nicht der Fall.

In allen drei Ländern ist es lediglich möglich, sein Kind entweder als männlich oder weiblich zu registrieren. Wenn weder das eine noch das andere kategorisiert werden kann, ist man demzufolge staatenlos.

Die konstante Arbeit und Interessenvertretung von SIPD in Uganda seit 2008 hat 2015 zu einer ersten grundlegenden Anerkennungsklausel des Rechtes auf Staatsangehörigkeit von intersexuellen Kindern geführt. Während dies durchaus ein erster Schritt in die richtige Richtung ist, bleibt die Klausel aufgrund des Gebrauchs des Wortes „hermaphrodites“ anstelle von „intersex“ stigmatisierend und entmenschlichend.

2014 hat ein kenianisches Gericht dem fünfjährigen Baby „A“ eine Geburtsurkunde ausgestellt. Der Persons Deprived of Liberty Act 2014 ist zudem die erste kenianische Rechtshandlung, welche definiert was ein Intersexueller Mensch ist.

In Ruanda wurde berichtet, dass mindestens zwölf Intersexuelle aufgrund von Diskriminierung und fehlender Hilfeleistung aus einem LGBT Flüchtlingslager flohen. Allgemein spielt Intersexualität in allen drei Ländern innerhalb von LGBT Organisationen nur eine kleine Rolle.

SIPD ist die einzige Organisation für ausschließlich Intersexuelle in Uganda und Ostafrika. 2014 organisierten sie das erste regionale Treffen von Intersexuellen mit 20 FürsprecherInnen aus Ostafrika. Jedoch haben sie festgestellt, dass die Sozialisation sie dahin gebracht hat, ihre Arbeit auf binäre Körperpolitik und Geschlechtsidentitäten zu beschränken.

SIPD empfiehlt, dass in der Zukunft Nichtregierungsorganisationen mit der Regierung zusammenarbeiten, um die gesellschaftliche Eingliederung von Intersexuellen zu fördern, spezifische Gesetze zum Schutz von Intersexuellen einzuführen, schädliche überflüssige Operationen zu stoppen, kontinuierlich geschlechtsspezifische Gewalt auf Intersexuelle zu dokumentieren und allgemeine Geburtsregistrierung einzuführen.

Es ist geplant, die Studie alle drei Jahre zu wiederholen.

Ferial Mott, Köln